tionalities and their attempts to achieve equality. Chapter 3 then turns to Bukovina itself, noting how its hybrid cultural space and collective regional identity were created, before summarizing interactions between the crownland's different languages in the educational, legal, and administrative domains, including in the regional parliament. The lion's share of the monograph is occupied by Chapter 4, which outlines the development of Romanian legal and administrative terminology in the Bukovina context. This is initially taken from a translation studies perspective, before highlighting details of how important Austrian state publications were disseminated through translation into the empire's various official languages. Next, turning specific attention to the German-Romanian language pair, the author undertakes a diachronic analysis of the *Reichsgesetzblatt* through analysis of editions from 1849, 1870, and 1916 (a total of 264 pages), evaluating changes in the legal and administrative terminology while noting that the Romanian language was still being standardized during that period. This culminates in a 17-page glossary which traces how over 240 different German terms were translated into Romanian during that time, and observes not only variations in the translations but also how new items were created through calques or loanwords, together with information on their etymology. Finally, the conclusion offers brief general reflections on the multifarious nature of the topic, highlighting that languages are constantly evolving and changing. Accordingly, through presenting a novel case study at the intersection of language policy and terminological analysis, the reviewed volume invites numerous suggestions for future studies, such as comparative research on other language pairs with German elsewhere in the Habsburg lands. In addition, it uncovers several points for further development—for example, having identified several of the Romanian legal translators by name, additional research could aim to find out more biographical details about their origins, training, and trajectories, which would thereby potentially provide a supplementary perspective for analysis. In short, as an important multidisciplinary contribution to Bukovina studies, this book will be of keen interest to a broad audience, encompassing not only legal and administrative historians, but also specialists in historical approaches to languages, terminology, and translation.

Oxford

Antony Hoyte-West

Ursula Töller: Zweierlei Maß. Lastenausgleichsverfahren über in der NS-Zeit gekaufte oder verkaufte Vermögenswerte. Mit einem Vorwort von Frank Bajohr. Nomos. Baden-Baden 2023. 88 S. ISBN 978-3-7560-0337-2. (€ 29,-). – Die Literaturwissenschaftlerin Ursula Töller hat erstmals anhand von Unterlagen im Lastenausgleichsarchiv in Bayreuth den Umgang mit Wirtschaftsgütern erforscht, die von Deutschen auf westpolnischem Territorium von 1939 an angeeignet und erworben wurden. Sie bezieht sich auf das Geschehen in einer Kleinstadt im Gau Danzig-Westpreußen und geht der Frage nach, wer die Gelegenheit nutzte, Betriebe oder Immobilien an sich zu bringen, und welche Rolle dabei die NS-Bevölkerungspolitik spielte. Die Neuverteilung der Betriebe war Aufgabe der sog. Haupttreuhandstelle Ost (HTO), die mit ihren Abteilungen unter der Leitung von Max Winkler (1875–1961) dem Beauftragten für den Vierjahresplan Hermann Göring unterstand. Nach der Enteignung der in polnischer oder jüdischer Hand befindlichen Betriebe war die umfassende Vertreibung und eine „Eindeutschung“ vorgesehen, indem Volksdeutsche aus Osteuropa im Gau Danzig-Westpreußen und im Wartheland angesiedelt werden sollten. Ein Teil der beschlagnahmten Betriebe wurde 1941 reserviert, um Soldaten berufliche Zukunftsaussichten zu bieten. Bei „Ostbewerbern“ aus dem Reich gab es „ein großes Interesse am Kauf der von der Haupttreuhandstelle Ost beschlagnahmten Firmen“ (S. 45). Zahlreiche Unternehmen wurden an deutsche Interessenten unter Wert verkauft. Indessen diente das KZ Soldau der Durchsetzung der NS-Gewaltherrschaft gegenüber der brutal unterjochten Bevölkerung. Ein Vergleich des Lastenausgleichs mit den von jüdischen Opfern beantragten Entschädigungsverfahren zeigt, dass sich das Verfahren zugunsten der Arisierer ausgewirkt hat. Wenngleich die HTO eine Einrichtung staatlicher Bereaubungspolitik war, schien den bundesdeutschen Behörden der unrechtmäßige Erwerb ausdrücklich nicht als „Verstoß gegen die guten Sitten“ (S. 63, 65). Für Überlebende des Judenmords, die zunächst keinen Anspruch auf Erstattung von Vermögen in den Ostgebieten hatten, kam eine Entschädigung nur infrage, wenn ein „Bekennnis zum Deutschtum“ gegeben war (S. 68). In gemeinsamen langwierigen Verfahren, die Arisierer und ehemalige jüdische Eigentümer einbezog, konnten An-

tragsteller des Lastenausgleichs nun „alle Erwerbungen über die Haupttreuhandstelle Ost als rechtmäßig“ anerkennen lassen (S. 60). In der Wirtschaft der Bonner Republik durften sie dann ihre beruflichen Karrieren „mit Unterstützung der finanziellen Entschädigungen des Lastenausgleichs [...] ungehindert fortsetzen“ (S. 86). War das Vorgehen „von Anbeginn [...] rassenideologisch motiviert“, wobei dem Handel „eine ideologische Schlüsselrolle“ zukam (S. 17), so erhielten die ursprünglich geschädigten jüdischen Eigentümer nur einen kleinen Bruchteil von dem zurück, was sie durch die NS-Herrschaft eingebüßt hatten. Wie sich aus dem Quellenbestand der Lastenausgleichsverfahren ergibt, wurde ihr unter dem NS-Regime „zerschlagene[s] Vermögen [...] ein weiteres Mal“ zerschlagen (S. 11). Personennamen aus den von T. benutzten Akten unterliegen weiterhin Schutzfristen, auch der Name der Kleinstadt (im Bereich der IHK Danzig) bleibt anonym. Künftig käme es darauf an, die aus den Unterlagen hervorgehenden Erkenntnisse mit konkreten Biografien und ortsgeschichtlichen Gegebenheiten zu verbinden. Fürs Erste ist es T. aber gelungen, die ungleiche Behandlung von Nutznießern der NS-Politik und Holocaust-Überlebenden in den bundesdeutschen Entschädigungsverfahren kritisch zu hinterfragen. Sie hat damit die Erforschung nationalsozialistischen Unrechts und der Kontinuitäten der Nachkriegsjahre auf neue Weise miteinander verbunden.

Marburg

Klaus-Peter Friedrich